

Reiner Bernstein

Zum Frieden verdammt. Eine jüdisch-arabische Koexistenz setzt politische Ebenbürtigkeit voraus¹

Wer gegenwärtig durch den Nahen Osten reist, wird auf allen Seiten Mutlosigkeit und Verzweiflung registrieren. Die Völker haben die Zuversicht in einen Frieden aufgegeben, die ihnen seit der israelisch-palästinensischen Prinzipienklärung von 1993 suggerieren wurde. Hatte schon die Besiedlungspolitik in der Amtszeit Yitzhak Rabins eine halsbrecherische Geschwindigkeit erreicht, so spielten sich mit Benjamin Netanyahu jene „Hardliner“ in den Vordergrund, die von den Palästinensern erst nach der Niederwerfung die Fügung ins politisch Unvermeidliche erwarten: den Verzicht auf nationale Souveränität im Rahmen eines Kleinstaates. Die Taktik immer neuer Zwischenabkommen und Absichtserklärungen ist gescheitert, weil an keiner Stelle der bisherigen Vereinbarungen von einem palästinensischen Staat die Rede ist. Je hartnäckiger die Prinzipienklärung mit einem Friedensvertrag verwechselt wurde, desto nachhaltiger die heutigen Empfindungen des Fiaskos.

Insofern bestätigte das Scheitern von Camp David im Juli 2000 die Zweifel an der Tragfähigkeit des Friedensprozesses. Shimon Peres kritisierte Ehud Baraks überstürzte Thematisierung der Endphase des Konflikts, Leah Rabin blieb die Klage vorbehalten, ihr Mann würde sich im Grabe umdrehen, wenn er das Ausmaß der Barak'schen Kompromissbereitschaft erlebt hätte. Ein renommierter Kommentator wie der Jerusalemer Politologe Shlomo Avineri riet Bill Clinton sogar, angesichts der parlamentarischen Schwäche des Premiers diesem den Rückhalt zu entziehen, weil ansonsten Frieden und Demokratie zur Farce würden. Ariel Sharons Erdrutschsieg signalisierte die Niederlage politischer Optionen, zumindest bis auf weiteres. Aber der Slogan „Lasst das Militär siegen!“ hat dem jüdischen Staat die erwartete Sicherheit nicht eingetragen. Verspätet wird eingeräumt, dass Delikte und Verbrechen von Soldaten und Siedlern die adäquate Ablehnung und Ahndung verdienen wie umgekehrt. Die Loyalität der rund eine Million Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit ist zerbrochen. Es sieht so aus, als ob beide Seiten auf eine Apokalypse zusteuern wollten.

Erneut zeigte sich in Camp David Arafats mäßige Verhandlungskompetenz, als Barak die 1993 ausgesparten strittigen Themen – Siedlungen, Grenzen, Jerusalem und Flüchtlinge – auf die Tagesordnung setzen wollte: Der Ra'ees hielt dem Druck der Israelis und Amerikaner nicht stand. Hatte er damals mit einer weit ausholenden Rhetorik den künftigen Frieden im Nahen Osten in einen nahenden Weltfrieden einbetten wollen, so erntete er nun die bitteren Früchte der „zweiten Intifada“, als er von ihr überrascht wurde. Arafats politische Autorität ist ausgehöhlt. Hatte er im vergangenen Sommer die letzte Chance vertan, obwohl die Angebote Baraks keineswegs großzügig waren? Warum unterließ er einen Blick

¹ Der Beitrag erschien in „Zeitzeichen“ (ehemals „Evangelische Kommentare“) der Ausgabe 9/2001.

in die Geschichte Palästinas der britischen Mandatszeit, als die Gründung des Staates Israel in weiter Ferne lag, aber die zionistische Bewegung trotz aller Widerstände dieses Ziel nie aus den Augen verlor?

Seit langem fühlen sich die Palästinenser von der israelischen Politik derart provoziert, dass unter Verweis auf die territoriale Integrität des „Hauses des Islam“ immer häufiger der Aufruf zur Befreiung aller Teile des Landes zwischen Jordan und Mittelmeer zu hören ist. Aufforderungen der Kritiker Arafats zu einer öffentlichen Debatte über Sinn und Zweck des Gewalteinsatzes sind verhallt, obwohl die Palästinenser den Abnutzungskrieg nicht gewinnen können. In den Städten der Autonomie, wenn dieser Begriff überhaupt noch zutrifft, sind die Kriminalitätsraten gestiegen, die Justiz ist an den Rand gedrängt. Der Gesetzgebende Rat, das Anfang 1996 gewählte provisorische Parlament, ist funktionsuntüchtig, die Sicherheitsdienste sind allgegenwärtig, und die miteinander konkurrierenden Milizen beherrschen die Straße. Eine Mischung aus Aufstand und Anarchie macht sich breit.

In Jordanien ist die palästinensische Mehrheitsbevölkerung unruhig. Dass der Staat ein künstliches Gebilde sei, wird nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. Die Polizei und der Geheimdienst treiben Demonstrationen des gegen Israel gerichteten „Anti-Normalisierungskomitees“ aus Intellektuellen, Schriftstellern und Gewerkschaftern gewaltsam auseinander. Ägyptens Hosni Mubarak kann den verbreiteten Zorn gegen sein Präsidialregime nur mit Hilfe des Repressionsapparats im Zaum halten und kämpft um den Primat seiner Politik gegen islamische Traditionalisten; der Rechtsstaat hat Mühe, sich zu behaupten. Die Regierung in Beirut konzentriert sich auf die Wiedergewinnung der Souveränität gegen den syrischen „Protector“, gleichzeitig sucht die Rechtsunsicherheit der rund 350.000 Palästinenser ihresgleichen in der arabischen Welt. Nach der jahrelangen Vernachlässigung hat Arafat nicht von ungefähr die Regelung der palästinensischen Flüchtlingsfrage auf die politische Tagesordnung gesetzt. Die Bewohner der zwölf Lager im Libanon sollen eine seiner wenigen Trumpfkarten bilden.

In Israel zerfällt das parlamentarische System. Die Religionsparteien bleiben unberechenbar. Die Arbeitspartei ist verbraucht und streitet um das künftige Führungspersonal; Peres hat den Zenit überschritten. Im „Likud“ stehen sich Sharon- und Netanyahu-Anhänger gegenüber; ihre Flügel und die divergierenden Überzeugungen eint nur der Wille zum Machterhalt. Derweil hat der ehemals säkulare Zionismus eine fundamentale Kehrtwendung durchgemacht: Er definiert sich religiös-ethnozentrisch und nimmt von der Ethik des jüdischen Universalismus Abschied. Den Friedenskräften fehlt der gemeinsame politische Nenner. Angesichts der omnipräsenten westlichen Massenkultur stellt sich immer häufiger die Frage, was unter den Bedingungen der Globalisierung am jüdischen Staat jüdisch sei außer der Geburtsschein seiner Bürger, wenn sie sich von der Religion und seinen Institutionen abwenden.

Die nach 1967 periodisch wiederkehrende internationale Isolierung scheint das prophetische Wort vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,7 ff.) zu bestätigen – und dient als Beleg für das sich

ankündigende messianische Zeitalter nach der Rückkehr der Juden an den Fuß des Jerusalemer Tempelbergs und in die biblischen Territorien Judäa und Samaria. Wie schon einmal Ende der siebziger Jahre hat das Außenministerium seine Botschaften in aller Welt mit der Argumentation versorgt, dass sich die israelischen Souveränitätsansprüche auf die Westbank von der ununterbrochenen jüdischen Siedlung in Heiligen Land ableiten. Deshalb ist auch die Stationierung internationaler Beobachter in den palästinensischen Gebieten unannehmbar, sollten ihnen mehr als dekorative Aufgaben übertragen werden. Das Beispiel Hebrons seit 1996 demonstriert ihre Hilf- und Ratlosigkeit vor den täglichen Konfrontationen. Nachdem die Prinzipienklärung die Regelung des Konflikts den beiden Völkern vorbehalten hat, wehrt sich Israel gegen seine erneute Internationalisierung, die durch die Beobachter symbolisiert würde.

Internationale Bemühungen haben die Brutalisierung des Konflikts nicht verhindern können. Das Gipfeltreffen von Sharm el-Sheikh im vergangenen Oktober, das jordanisch-ägyptische Memorandum vom April und der „Mitchell-Report“ einen Monat später folgten der Überzeugung, dass das Ende der Gewalt den Weg an den Verhandlungstisch ebnen werde. Diese Logik muss man jedoch rückwärts lesen: Erst nachweisbare politische Fortschritte, die die Konfiszierung von Böden, die Sprengung von Häusern, die Planierung von Grundstücken und Fluren sowie die persönlichen Schikanen beenden, werden palästinensische Mörsergranaten und Selbstmordattentäter stoppen, und erst dann kann Arafat seine Bevölkerung vom künftigen Verzicht auf die Gewalt überzeugen. Wie die Kompromisse von den Siedlern aufgenommen werden, steht freilich darin.

Was der Politik allseits fehlt, ist ein abgestimmtes Strategie- und Handlungskonzept. Syriens junger Präsident Bashar al-Assad widmet seine Kraft der innenpolitischen Konsolidierung. Der Forderung nach Rückgabe der Golan-Höhen wird mittels der „Hisbollah“ im Süden Libanons Nachdruck verliehen. Ein vor Monaten vereinbarter Besuchstermin Arafats in Damaskus will nicht zustande kommen. Jordanien passt ein palästinensischer Staat mit voller Souveränität nicht ins Konzept, weil er die strategische Balance in der Region zu Ungunsten der Haschemiten zu verändern drohe; konföderativen Modellen wird der Vorzug gegeben. Ägypten versucht einen Balanceakt: hier politische Beratung Arafats, dort Verurteilung der israelischen Politik, ohne die diplomatischen Beziehungen abubrechen. Bill Clintons heftiger Ton gegenüber Arafat unterstrich einmal mehr das gebremste US-Interesse an einem Palästinastaat. George W. Bush wird jedes starke Engagement sorgsam wägen, das nicht der unmittelbaren Sicherung der Washingtoner strategischen Interessen dient; der einstige Generalstabschef Colin Powell soll hierfür die Gewähr bieten. Ansonsten sind die Amerikaner sorgsam darauf bedacht, fremde Einflüsse in der Region einzudämmen.

Die Europäer haben zwar in den vergangenen Monaten wiederholt die Muskeln rhetorisch spielen lassen, ohne dass sie jedoch der US-Dominanz im Nahen Osten ein eigenes Gewicht entgegenzusetzen hätten. Nicht einmal zur Verabschiedung der überfälligen Sicherheitscharta für den Mittelmeerraum ist es gekommen. Die Neuordnung der Befugnisse der Kommission in Brüssel und des

Straßburger Parlaments, die Bindung der Kräfte auf dem Balkan und die Ost-Erweiterung halten den Aktionsradius zusätzlich in Grenzen. Nach wie vor begnügen sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten mit beträchtlichen Finanztransfers und wirtschaftlichen Hilfen für die Palästinenser, ohne dass jedoch die erwarteten Wachstumseffekte ausgelöst worden wären. Ihr Ausbleiben ist einerseits auf die regelmäßigen Abriegelungen der Westbank und des Gazastreifens durch Israel zurückzuführen. Andererseits werden von der Autonomiebehörde große Teile der Steuereinnahmen für die Sicherheit verwendet. Zudem behindern Geschäftsmonopole und Warenkartelle die Entstehung einer tragenden mittelständischen Unternehmensstruktur, und schließlich werden erhebliche Mittel zum Zwecke der Begünstigung loyaler Klientele und für die Konten des „zweiten Haushalts“ in der Verfügungsgewalt Arafats abgezweigt.

Anfang 2001 hat Peres erklärt „Wir sind zum Frieden verdammt“. Zwar ist die Idee eines palästinensischen Staates aus dem israelischen Diskurs nicht mehr wegzudenken, aber der Streit über die politische Ausgestaltung des Friedens dauert auf allen Seiten an. Die Stimme der Gemäßigten ist unhörbar, schrieb vor kurzem der Schriftsteller David Grossman. Nur eines steht fest: Überall in der Region ist der Kampf zwischen Religion und Politik, zwischen Mythos und Geschichte entbrannt. Der Rückzug auf irrationale Axiome in der öffentlichen Willensbildung hat eine Sperrmauer gegen den Realismus errichtet. Lässt sie sich überwinden, wird eines Tages auch die Option einer jüdisch-arabischen Koexistenz unter den Bedingungen politischer und sozialer Ebenbürtigkeit möglich. Eine solche Entwicklung würde sich freilich als eine grandiose List der Geschichte erweisen.

Email: Reiner.Bernstein@web.de
